

## VI.

---

### Programm der Sächsischen Volkspartei, beschlossen auf der Landesversammlung in Chemnitz 1866

#### *Vorbemerkung des Herausgebers*

*Der preußisch-österreichische Krieg von 1866 stellte die deutsche Arbeiterschaft vor die Entscheidung, ob sie sich auf den Boden dieser durch eine »Revolution von oben« geschaffenen Zustände stellen wolle oder nicht. Im Gegensatz zum ADAV, der trotz vieler Vorbehalte prinzipiell die Chancen der neuen Gegebenheiten auszunutzen suchte, lehnten August Bebel und Wilhelm Liebknecht weiterhin jede Art von obrigkeitsstaatlich oktroyierter Reichseinheit ab und sprachen sich für eine demokratische Einigung in großdeutschem Rahmen aus. Dieser Standpunkt wurde besonders deutlich im sog. Chemnitzer Programm der Sächsischen Volkspartei, die unter ihrer Führung am 19. August 1866 von Delegierten sächsischer Arbeitervereine (mehrheitlich aus den Arbeiterbildungsvereinen, in der Minderheit ADAVer), aber auch bürgerlichen Demokraten gegründet worden war. Diese Partei schloss sich der Deutschen Volkspartei an, weil sie eine Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte gegen die preußische Reaktion für nötig erachtete, und verzichtete (im Gegensatz zum ADAV) auf die Konstituierung als selbständige Arbeiterpartei, obwohl sie überwiegend aus Arbeitern bestand. Nach dem Organ des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins »Freie Zeitung« (Nr. 38/39 vom 17. Oktober 1868, S. 156; Art. »Fortschrittlich-reactionäre Agitation«) fehlt in der hier abgedruckten Fassung des »Demokratischen Wochenblattes« der Satz: »Die Lösung der sozialen Frage sei nur möglich durch Gründung von Produktiv-Assoziationen nach den Prinzipien Ferdinand Lassalles.« Diese Diskrepanz ist leider nicht mehr zu klären.*

Die demokratische Partei hat den nunmehr beendeten, lediglich im Interesse dynastischer und partikularistischer Bestrebungen geführten Krieg von Anfang an als ein Nationalunglück beklagt und verdammt, weil derselbe nicht nur zum teilweisen Ruin des Wohlstandes des deutschen Volkes und zur Verbitterung der deutschen Volksstämme gegeneinander, sondern auch zur Teilung unseres gemeinsamen Vaterlandes, zur Unfreiheit und zur Einmischung des Auslandes in deutsche Angelegenheiten führen musste:

Das Ergebnis dieses Krieges – ein durch gewaltsame Annexion vergrößertes Preußen unter einem mehr als je befestigten absoluten Königtum, das einstweilige Vasallentum der kleineren Staaten bis zu ihrer vollständigen Annexion durch Preußen und die Abtrennung der norddeutschen Staaten von Süddeutschland – hat jene Befürchtungen bewahrheitet.

Die demokratische Partei wird trotz der veränderten Verhältnisse ihr altes Programm ungeschmälert aufrechterhalten und für dasselbe eintreten. – Da die demokratische Partei sich für verpflichtet hält, die Feinde der deutschen Freiheit und Einheit unter allen Umständen und auf allen Gebieten zu bekämpfen, so wird sie, nachdem Sachsen durch die Gewalt der Waffen gezwungen worden ist, dem norddeutschen Bunde beizutreten, bei der bevorstehenden Reichstagswahl sich beteiligen. Die Demokratie verlangt demnach von den von ihr zu erwählenden Kandidaten,

- dass sie die norddeutschen Staaten, wenn auch zeitweilig von Süddeutschland getrennt, nur als einen Teil Deutschlands betrachten und bei ihrem Eintritt in den norddeutschen Reichstag gegen die Dreiteilung wie gegen jedwede Teilung und Verkleinerung Deutschlands protestieren;
- dass sie die Zusammenberufung eines konstituierenden Parlaments erstreben, das von allen deutschen Staaten, selbstverständlich mit Einschluss Deutsch-Österreichs, beschickt wird;
- und endlich, dass sie das nachstehende Programm als Richtschnur annehmen und energisch zu verfechten entschlossen sind.

### *Forderungen der Demokratie*

#### 1. Unbeschränktes Selbstbestimmungsrecht des Volkes.

Allgemeines, direktes und gleiches Wahlrecht mit geheimer Abstimmung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens (für Parlament, Kammern der

Einzelstaaten, Vertretung der Gemeinden usw.). Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Ein mit Machtvollkommenheit ausgerüstetes Parlament, welches namentlich auch über Krieg und Frieden zu entscheiden hat.

## 2. Einigung Deutschlands in einer demokratischen Staatsform.

Keine erbliche Zentralgewalt – kein Kleindeutschland unter preußischer Führung, kein durch Annexion vergrößertes Preußen, kein Großdeutschland unter österreichischer Führung, keine Trias. Diese und ähnliche dynastisch-partikularistische Bestrebungen, welche nur zur Unfreiheit, Zersplitterung und Fremdherrschaft führen können, sind von der demokratischen Partei auf das entschiedenste zu bekämpfen.

## 3. Aufhebung der Vorrechte des Standes, der Geburt und Konfession.

## 4. Hebung der leiblichen, geistigen und sittlichen Volksbildung.

Trennung der Schule von der Kirche, Trennung der Kirche vom Staate und des Staates von der Kirche, Hebung der Lehrerbildungsanstalten und würdige Stellung der Lehrer, Erhebung der Volksschule zu einer aus der Staatskasse zu erhaltenden Staatsanstalt. Herbeischaffung von Mitteln und Gründung von Anstalten zur Weiterbildung der den Schulen Entwachsenden.

## 5. Förderung des allgemeinen Wohlstandes und Befreiung der Arbeit und der Arbeiter von jeglichem Druck und jeglicher Fessel.

Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, allgemeines deutsches Heimatrecht, Förderung und Unterstützung des Genossenschaftswesens, namentlich der Produktivgenossenschaften, damit der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen werde.

## 6. Selbstverwaltung der Gemeinden.

## 7. Hebung des Rechtsbewusstseins im Volke

durch Unabhängigkeit der Gerichte, Geschworenengerichte, namentlich auch in politischen und Presseprozessen; öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren.

8. Förderung der politischen und sozialen Bildung des Volkes  
durch freie Presse, freies Versammlungs- und Vereinsrecht, Koalitions-  
recht.